Landtag aktuell

22. April 2010

Sitzung des NÖ Landtages
Zwei aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Nach der Angelobung von Günter Kraft (SP) als neues Mitglied des NÖ Landtages adressierte Landtagspräsident Penz Worte des Dankes an den scheidenden Landtagsabgeordneten und ehemaligen SP-Klubobmann Helmut Cerwenka. Er hielt fest, dass letzterer seit dem 29. Juni 1995 als Landtagsabgeordneter tätig und seit 10. April 2008 Klubobmann seiner Fraktion war. Cerwenka habe auch zahlreiche Funktionen in Vereinen inne gehabt und niemals die Bereitschaft zum Dialog vermissen lassen. Ausgezeichnet habe er sich im Rahmen seiner politischen Tätigkeit stets durch große Sachlichkeit und Konstruktivität. Im Namen des NÖ Landtages wünschte Penz Cerwenka alles Gute und baldige Genesung.

Die Angelobung eines neuen Abgeordneten brachte Änderungen im Schulausschuss, im Sozialausschuss, im Kommunalausschuss sowie im Wirtschafts- und Finanzausschuss mit sich.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. zum Thema „**Politik der Werte in Niederösterreich versus weltanschaulicher Verfall durch ‚linke Zeitgeistpolitik'**“.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass eine „Politik der Werte“ ein Zeichen sein solle, wie wichtig den politischen Mandataren Werte tatsächlich seien. Man müsse feststellen, dass Werte wie etwa Familie und Heimat zurückgedrängt würden – darüber gelte es zu diskutieren. Die „Politik der Werte“ werde teilweise mit Füßen getreten. Zu sehen sei dies etwa an Gewaltdemos, Sachbeschädigungen, dem Diffamieren von Personen in der Öffentlichkeit oder auch an Drohungen gegen Leib und Leben. Dagegen gelte es, ein Signal zu setzen und sich – über Parteigrenzen hinweg – zu distanzieren. Auch die Schulen müssten Werte vermitteln; in Niederösterreich solle weiterhin die „Politik der Werte“ eine entscheidende Rolle spielen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) bezeichnete Freiheit als „das höchste Gut“ und meinte, dass diese der Grundsatz für politisches Handeln sein müsste. Gleichzeitig müsste die Menschenwürde gewahrt bleiben. Die Öffnung von Kindergärten für Zweieinhalbjährige sei seiner Meinung nach nicht der „richtige Schritt“ gewesen; es hätte in Familien investiert werden müssen. Kritisch betrachtete er auch das Thema Briefwahl: Etwa bei der jüngsten Gemeinderatswahl sei die Wahlordnung „in einigen Fällen überdehnt“ worden. Einen Mangel an Werten würden auch die „Beschmierereien“ auf Wahlplakaten zeigen. Parteien, die ein solches Vorgehen fördern, würden sich selbst ins Abseits stellen. Es gelte, den Parteinachwuchs aufzurufen, mit solchen Aktionen Schluss zu machen. Er appellierte, in Niederösterreich „wieder eine Politik der Werte festzumachen“.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) kritisierte das Fehlen des sprichwörtlichen „roten Fadens“ in den Wortmeldungen ihrer Vorredner. Auch seitens ihrer Fraktion werde der Wert der Familie hochgehalten, doch lasse man hier auch moderne Lebensformen gelten. Bezugnehmend auf Aussagen des Abgeordneten Waldhäusl betonte Renner, dass die Kunst frei sei und diese Freiheit der Kunst in einer Demokratie auch hochgehalten werden müsse. In Anlehnung an die Ausführungen ihrer Vorredner ging sie kurz auf die bevorstehende Bundespräsidentenwahl ein und meinte, dass die Werte des amtie-

renden Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer auch von den NiederösterreicherInnen geschätzt würden.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Mag. Karner u. a. befasste sich mit dem Thema **„Aktuelle Sicherheitslage in Niederösterreich“**.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) sprach als erster Redner von den Erfolgen der Exekutive in Niederösterreich. Der konsequente Kampf gegen die Kriminalität müsse aber auch in Zukunft im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung weitergehen. Vier konkrete Maßnahmen stünden dabei auf dem Plan: das Sicherheitspaket mit zusätzlichen Beamten, eine klare Vereinbarung über die Zahl der Asylwerber in Traiskirchen sowie die Videoüberwachung auf Autobahnen, der konsequente Fahndungsdruck auf die Kriminellen durch die SOKO Ost und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die technische Ausstattung sowie die Verkehrssicherheit. Hier habe es zu Ostern 29 Prozent weniger Unfälle, 35 Prozent weniger Verletzte und 36 Prozent weniger Geschwindigkeitsübertretungen gegeben. Insgesamt weise die Kriminalstatistik für das erste Quartal 2010 einen Rückgang der Kriminalität um 22 Prozent, bei Einbrüchen in Wohnungen um 25 Prozent, bei Einbrüchen in Einfamilienhäuser um über 50 Prozent etc. aus.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, auch er freue sich über weniger Kriminalität und bessere Aufklärungsquoten. Das inflationäre Loben einer Berufsgruppe sei allerdings verdächtig. Die aktuelle Sicherheitslage stelle sich in Niederösterreich z. B. im Bereich Umwelt, der Klimaziele, der Sicherheit von Jugendlichen punkto illegalem Glückspiel oder im Bereich von Gewalt und sexuellen Übergriffen in der Familie und in der Kirche als tatsächlich problematisch dar. Diese Wunden seien schlimmer als die eines gestohlenen Autos.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte in einer tatsächlichen Berichtigung, die Abhaltung einer Debatte im NÖ Landtag sei ein wesentlicher Baustein der Demokratie.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) führte aus, die vorgelegte Kriminalstatistik unterscheide sich nur im Auslegungsspielraum. Es sei kein Erfolg, wenn immer mehr frustrierte Verbrechensopfer gar keine Anzeige mehr erstatten. Niederösterreich liege bundesweit noch immer im Spitzenfeld der Kriminalität. Er sage ein klares Ja zum Assistenzeinsatz, aber nur in Verbindung mit Grenzkontrollen der Exekutive. Nur Grenzkontrollen könnten Sicherheit im Land bringen.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) erinnerte daran, dass die einzig komplett sichere Zeit in der Grenzregion jene während des Eisernen Vorhangs gewesen sei. Der Preis seien allerdings mehr als 38 Prozent Abwanderung gewesen. Nunmehr gebe es wieder Optimismus, Zuwanderung und neue Betriebe. Laut einer aktuellen Umfrage sei das Sicherheitsgefühl in Poysdorf ein sehr hohes. Viele Wiener und Deutsche seien in den letzten Jahren wegen der hohen Sicherheit ins Weinviertel gezogen. Auch das Österreichische Bundesheer sichere in Assistenz zur Exekutive die Grenzen und erhöhe so das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, was auch eine wichtige Präventionsmaßnahme gegen die Kriminalität darstelle. Weiters werde die Kooperation mit dem Nachbarn Tschechien bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität immer wichtiger. Zum kleinen Glücksspiel meinte Wilfing, dass mit Verboten keine Sucht verhindert werden könne. Das kleine Glücksspiel werde in Niederösterreich mit strengen Gesetzen geregelt, wodurch das illegale spielen in den Hinterzimmern der Gasthöfe verhindert werde.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) kritisierte, dass eine tatsächliche Verbesserung der Sicherheitslage nicht gegeben sei. Die neue abgeänderte Kriminalitätsstatistik verhindere einen Vergleich mit früheren Zahlen. Daher fordere die SP eine deutliche Aufstockung des Personalstandes bei der Polizei, damit auch weiterhin Schwerpunktaktionen gegen die organisierte Kriminalität möglich sind und die dabei zusammengezogenen Polizisten nicht auf ihren Dienststellen fehlen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) erklärte, dass bereits unter früheren SP-Innenministern eine Zusammenlegung und grundlegende Reform von Polizei und Gendarmerie angedacht wurde. Bereits unter Innenminister Schlögl seien sehr viele Gendarmerie- und Polizeiposten im Bezirk Mödling eingespart worden. Das im Bezirk Mödling nun durchgesetzte Sicherheitspaket mit der neuen Außenstelle der niederösterreichischen Kriminalabteilung in Mödling habe in den letzten Monaten Wirkung gezeigt. Die Zahl der Einbrüche sei gesunken, der Kampf gegen internationale Einbruchsbanden müsse weitergeführt werden. Wichtig seien in diesem Zusammenhang vor allem die Rahmenbedingungen und Maßnahmen, wie beispielsweise die Dienstpläne in den Polizeiposten, wodurch auch eine Alarmfahndung am Abend oder in der Nacht möglich sein müsse.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, alle Abgeordneten im Landtag setzten sich für mehr Sicherheit ein, die einzelnen Parteien hätten bei der Kriminalitätsbekämpfung aber unterschiedliche Zugänge. Die Kriminalität finde in Niederösterreich mittlerweile tagtäglich statt und sei viel höher als noch vor fünfzehn Jahren.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) referierte über den Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2009**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) dankte den Verfassern der Sportbroschüre. Erfolg im Sport sei wichtig, da die Spitzensportler Niederösterreich international repräsentieren. Wichtig sei auch die Tätigkeit der Funktionäre, die großteils ehrenamtlich arbeiten und eine wichtige Stütze der Sportvereine darstellen. Auch die Fairness spiele im Sport vor allem unter den Jugendlichen eine wichtige Rolle. Jährlich fördere das Land rund 300 Sportanlagen in Niederösterreich, wobei über 170 Förderungen für den Fußball bewilligt werden. Wichtig sei aber auch die Unterstützung von Randsportarten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) lobte den Sportbericht, da dieser einfach und mit wenig Aufwand gestaltet wurde. Sport müsse immer überparteilich organisiert

sein und noch mehr als in der Vergangenheit niederösterreichische Sporttalente unterstützen. Auf ausländische Spitzensportler zurückzugreifen, sei der falsche Weg.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, das Jahr 2009 sei für die niederösterreichischen Sportler ein sehr erfolgreiches gewesen. Niederösterreich sei bundesweit mittlerweile das Sportland Nummer eins mit den meisten Staatsmeistern. Im Bereich der Dopingkontrollen unternehme das Land sehr viel. Die Top-Sport-Aktion habe im Vorjahr sehr viel bewegt und sei bestens dafür geeignet, den Spitzensport zu fördern. Der Sport habe in Niederösterreich einen sehr hohen Stellenwert. Auch die Landessportschule habe sehr erfolgreich gearbeitet und die Sporthauptschulen hätten einen regen Zulauf.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, Bewegung sei ein Grundstein für die Gesundheit unserer Kinder. Das Land Niederösterreich unterstütze auch Aktivitäten zur Bekämpfung des Dopings. Das Leistungsmodell St. Pölten sei ein Vorzeigemodell und bringe Spitzenergebnisse. Der Sportstättenbau diene vor allem den Breiten- und Jugendsport. Niederösterreich fördere Top-Leistungen und Sportveranstaltungen, was wiederum die Wirtschaft und den Tourismus belebe. Das Land sei mit all diesen Aktivitäten am richtigen Weg.

Der Bericht der NÖ Landesregierung betreffen NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2009 wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) referierte über eine **Anfrage des Bezirksgerichtes Gmünd betreffend den Abgeordneten zum NÖ Landtag Gottfried Waldhäusl**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) erinnerte an die Einführung der Immunität von Mitgliedern der Gesetzgebung und betonte, damals habe sich der Parlamentarismus durchgesetzt. Heute sei die Frage der Immunität eine Frage, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen solle. Gesetzgebung, Vollziehung und die Gerichtsbarkeit müssten ihren nicht von den anderen Staatsgewalten in Frage gestellten Bereich haben. Man dürfe

nicht die Gerichtsbarkeit dazu benützen, um Aussagen oder Handlungen im Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit abzuurteilen. Immunität sei ein Recht, das ein Schutzrecht für Parlamente sei. Sie sprach sich dagegen aus, ohne Not ein solches Grundrecht in Frage zu stellen. Es wäre legitim gewesen, sich über eine zeitgerechte Gestaltung der Immunität gemeinsam den Kopf zu zerbrechen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die Frage der Immunität sei in der letzten Gesetzesperiode ausführlich diskutiert worden. Er habe damals gesagt, dass er nicht glaube, dass dieser Beschluss rechtens sei. Im konkreten Fall stehe seine Aussage eindeutig im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit als Abgeordneter. Es gehe nicht um ihn persönlich, sondern darum, dass er als verlängerter Arm der Bevölkerung mundtot gemacht werde.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) merkte an, der Vorfall sei banal, ihre Fraktion sehe die Aussagen von Klubobmann Waldhäusl im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit und werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) erinnerte an die Angelobungsformel, die die Grundlage für die politische Arbeit sei. Als Vertreter der VP wolle er zum Ausdruck bringen, dass seine Fraktion sich zur beruflichen Immunität bekenne. Immunität verlange aber auch die Verpflichtung, Eigenverantwortlichkeit wahrzunehmen. Seine Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich nochmals zu Wort und betonte, er habe bewusst das Wort Lüge verwendet, weil plötzlich behauptet werde, es hätte vor fünf, sechs Jahren einen Grundsatzbeschluss gegeben.

Der Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesklinikum Mostviertel Amstetten, Gesamtausbau – Bauabschnitte 2, 3, 4 und 5**.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) lobte das Projekt Gesamtausbau Landesklinikum Mostviertel Amstetten und dankte allen dort Angestellten für deren hervorragende Arbeit.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) betonte, dass im Bauteil 5 Standardanpassungen durchgeführt würden. Die Maßnahmen seien zu befürworten, künftigen PatientInnen sei ein angenehmer Aufenthalt zu wünschen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) bezeichnete das Landesklinikum Amstetten bezeichnete sie als Top-Haus, das beste medizinische Versorgung biete. Die Abstimmung mit den anderen Häusern in der Region funktioniere beispielhaft. Zudem komme das Klinikum mit den ihm zugewiesenen finanziellen Mitteln aus. Überdies sei es Dienstgeber von 1.700 Menschen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 2. Bauetappe, Neubau Blutbank**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) brachte zuerst zur Kenntnis, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Anschließend brachte er einen **Resolutionsantrag** der Abgeordneten Weiderbauer, Michalitsch, Kernstock und Königsberger betreffend Betriebliche Kinderbetreuungseinrichtung am Landesklinikum St. Pölten ein. Dieser Antrag sei notwendig geworden, da es am Landesklinikum St. Pölten aktuell lediglich 55 Kindergartenplätze gebe. Weiderbauer zeigte sich erfreut, dass in dieser Causa ein gemeinsamer, parteiübergreifender Antrag formuliert werden konnte, wenngleich auch – entgegen dem Wunsch seiner Fraktion – auf die Aufnahme genauerer Zahlen in den Antrag verzichtet wurde.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, dass Blutbanken eine lebenswichtige Aufgabe erfüllten und eine flächendeckende Versorgung unverzichtbar sei. Der St. Pöltner Blutbank, die im Vorjahr ihr 60-jähriges Jubiläum gefeiert hatte, gratulierte er zu diesem Anlass und wünschte für den Bau einen unfallfreien Verlauf.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) merkte an, dass während der Bauarbeiten der laufende Betrieb und auch die Hygiene- und sonstigen Standards aufrecht erhalten werden. Als Wermutstropfen bezeichnete er die Tatsache, dass sich die Blutbank außerhalb des Krankenhausverbands befinde und eine dicht befahrene Straße zwischen dem Spital und der Blutbank liege. Hinsichtlich des eingebrachten Resolutionsantrages zur Kinderbetreuung dankte er der Grünen Fraktion als „Erstbetreiber“.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach von einer guten Planung und davon, dass es ein Vorteil sei, dass die Blutbank künftig solitär gegenüber dem Haupteingang liegen werde. Dadurch sei die Blutbank gut sichtbar. Punkto Kinderbetreuung sprach er von einem „guten Antrag“ und hielt fest, dass hiezu schon 2009 Wesentliches getan worden sei. Jedoch werde seine Fraktion „gerne weitere Schritte unterstützen“. Abschließend fand er Worte des Dankes für die VertreterInnen der Landeskliniken-Holdung sowie für Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka; diese stünden hinter den Ausbauten der Landeskliniken. Der Antrag sowie der Resolutionsantrag wurden einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Heilpädagogisches Zentrum Hinterbrühl, Generalsanierung**.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) hielt fest, dass das Heilpädagogische Zentrum Hinterbrühl vor über 30 Jahren errichtet wurde und punktuelle Sanierungen mittlerweile nicht mehr zielführend seien. Daher werde nun alles den heutigen Richtlinien angepasst, wobei auf Qualität und Wirtschaftlichkeit besonderes Augenmerk gelegt werde.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) sprach vom Heilpädagogischen Zentrum Hinterbrühl als einer Einrichtung, „die man leider braucht“. Er dankte allen MitarbeiterInnen dieses Hauses und meinte, dass seine Fraktion hier die Zustimmung geben werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka betreffend **Verschleierung der Spekulationsverluste der NÖ Hypo Investment-Bank AG** und über die **Veranlagungen und Spekulationen im Bereich des Landes Niederösterreich, der NÖ Hypo Investment AG, der NÖ Wohnbaugelder etc.** wurde in einem Punkt behandelt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach von „Bilanztricks“ und „Bilanzfälschung“ und führte aus, dass man dem Landeshauptmann-Stellvertreter insgesamt elf Fragen zur Beantwortung gestellt hätte. Auf diese habe man allerdings nur „mäßige Antworten“ erhalten. Er meinte, dass zwischen dem Aufsichtrat und dem Eigentümervertreter „der Kommunikationsfluss nicht gegeben war“. Einige Fragen seien falsch beantwortet worden, etwa in Bezug auf die Beurteilung der Risikoprofile und Funktionsmechanismen, die Performance und Rendite der Veranlagungen, die Höchst- und Tiefststände derselben, die Garantieprämien oder die Beteiligung verschiedener Firmen an den Gesellschaften. Der Rechnungshof-Rohbericht zeige eindeutig die Verluste auf, daraus ein Plus von 18,4 Prozent zu machen, sei „Zauberei“.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, die Form der Anfragebeantwortungen zeuge vom „Verfall demokratischer Werte in Niederösterreich“. Ein Untersuchungsausschuss sei dringend notwendig. Bei den Veranlagungen seien Substanzverluste evident. Die Debatte um den Rechnungshofbericht werde zeigen, wer für dieses Land noch tragbar sei.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, die Veranlagungen hätten den Mantel des Schweigens um sich und nährten den Verdacht, dass etwas nicht stimme. Der Rechnungshof-Rohbericht sei zwar öffentlich nicht bekannt, werde aber seit Wochen in den Medien diskutiert. Es müsse ein Interesse daran geben, die Punkte mangelnde Transparenz, Firmengeflechte und Milliardenverlust stückweise bekannt zu ma-

chen, um das gesamte Desaster leichter erträglich zu machen. Die VP habe es in der Hand, der Endlosdiskussion ein Ende zu bereiten.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) betonte, nur ein Gulasch werde aufgewärmt besser, nicht aber die Debatte um die Veranlagungen. Die Anfrage sei qualitativ sehr bescheiden. Es gebe keinen Veranlagungsskandal, die FP versuche aber permanent, ihn herbeizureden.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) führte aus, er stehe dazu, dass es nichts zu verbergen oder zu vertuschen gebe. Die Eigentümerverantwortung werde sehr wohl wahrgenommen. Die destruktiven Diskussionen würden nur geführt, um politisches Kleingeld zu wechseln, und brächten ein niederösterreichisches Paradeunternehmen in Misskredit. Die Antworten von Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka seien korrekt. Er meinte, die Bilanzierungsmethode der Hypo-Landesbank NÖ sei von Fachexperten anerkannt worden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: Es habe keine Gespräche mit der Hypo-Landesbank über die Finanzierung des Bundespräsidentenwahlkampfes von Barbara Rosenkranz gegeben.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meldet sich ebenfalls zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: Laut einem Protokoll des NÖ Journals habe Waldhäusl dieses Thema mit einem ORF-Redakteur besprochen.

Die Beantwortung der Anfrage betreffend Verschleierung der Spekulationsverluste der NÖ Hypo Investment-Bank AG wurde mit den Stimmen der VP zur Kenntnis genommen.

Die Beantwortung der Anfrage betreffend Veranlagungen und Spekulationen im Bereich des Landes Niederösterreich, der NÖ Hypo Investment-Bank AG, der NÖ Wohnbaugelder etc. wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

Schluss der Sitzung!